

Das Wesen der Demokratie

Ihr könnt das Kürzel entziffern, wenn ihr folgende Artikel des Grundgesetzes aufmerksam durchlest:
 Art. 10, Abs. 2 – Art. 18 – Art. 21, Abs. 2 – 73 (10b) – Art. 87a, Abs. 4 – Art. 91, Abs.

FDGO heißt: → _____

Was ist damit gemeint? In den Arbeitsblättern dieser Arbeitsmappe könnt ihr Antworten finden.
 Schreibt fünf Merkmale auf: → _____

→ _____

→ _____

→ _____

→ _____

→ _____

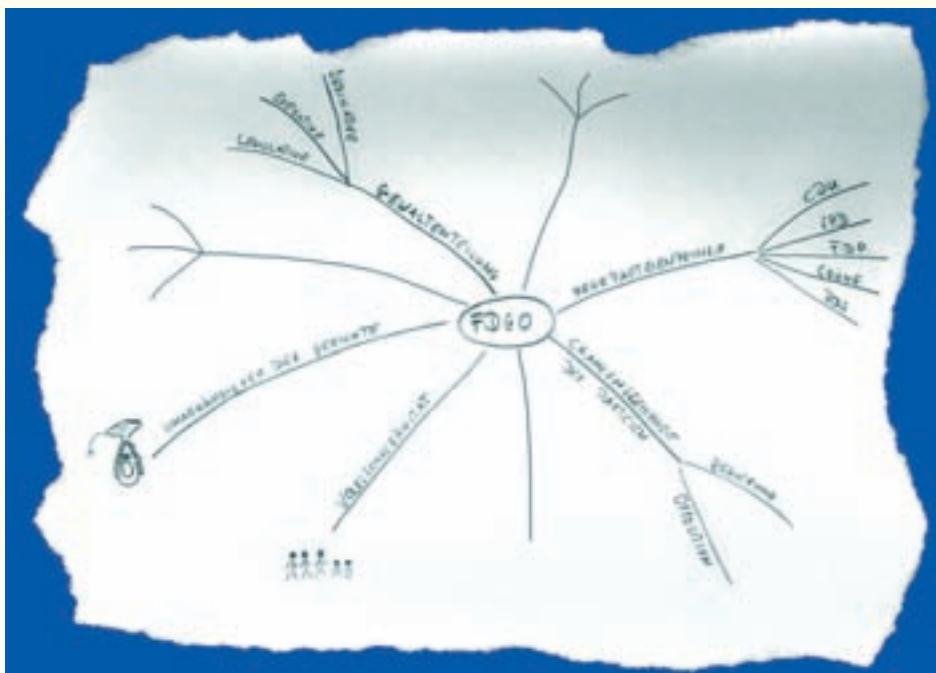


Auszug aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1952

„So lässt sich die freiheitliche demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen:

- ☞ die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung
- ☞ die Volkssouveränität
- ☞ die Gewaltenteilung
- ☞ die Verantwortlichkeit der Regierung
- ☞ die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- ☞ die Unabhängigkeit der Gerichte
- ☞ das Mehrheitsprinzip und
- ☞ die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

Überlegt euch Situationen oder Ereignisse, in denen einzelne dieser Prinzipien verletzt oder missachtet werden. Tragt sie vor der Klasse vor.



Hinweise zum Einprägen dieser grundlegenden Prinzipien unserer politischen Ordnung: Zeichnet eine Mind-Map (siehe Methoden-Kiste) und tragt diese Prinzipien ein.

Ihr könnt sie euch besser merken, wenn ihr zu den einzelnen Prinzipien Symbole, Piktogramme, Bilder entwerft und in die Mind-Map eintragt.

© Lothar Scholz



Bund und Länder

Schlagt im Grundgesetz nach: Wo werden die Bundesländer genannt? ? _____
 Ordnet folgenden Überschriften den Artikel zu:
 Homogenitätsgebot ? _____ Bundeszwang ? _____
 Kompetenzverteilung ? _____ Vorrang Bundesrecht ? _____
 Neugliederung des _____ Berlin ? _____
 Bundesgebietes ? _____
 Erklärt mit eigenen Worten den Inhalt dieser Artikel.

**Können ihr folgenden
Geheimcode
knacken?**
 Ba-Ba-Be-Bra
 Bre-Ha-He-Me
 Ni-No-Rhei-Sa
 Sa-Sa-Schle-Thü

Im Grundgesetz sind die Zuständigkeiten von Bund und Ländern geregelt. Schlagt die angegebenen Artikel im Grundgesetz nach und schreibt sie hinter die zutreffenden Aussagen im Text.

Art 20 – Art 31 – Art 70 (1) – Art 70 (2) – Art 71 – Art 72 – Art 73 – Art 74

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat (Art. ? _____). Es gibt Bundesgesetze, die für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik gelten, und Landesgesetze, die nur in dem jeweiligen Bundesland verbindlich sind. Die Länder haben das Recht zur eigenen Gesetzgebung, soweit es das Grundgesetz zulässt (Art. ? _____). Bundesgesetze haben Vorrang (Art. ? _____). Das Grundgesetz unterscheidet (in Art. ? _____) zwischen: Ausschließliche Gesetzgebung (geregelt in Art. ? _____) und Konkurrierende Gesetzgebung (geregelt in Art. ? _____).

Wer ist wofür zuständig?

Ordnet die untenstehenden Aufgaben den Zuständigkeiten in der Lückentabelle zu. Eine kleine Hilfe: Ihr geht am besten die einzelnen Artikel im Grundgesetz nacheinander durch (Art 73, 74, 75) und überlegt, wo diese Aufgaben zugeordnet werden können.

BUND

Ausschließliche Gesetzgebung

- Auswärtige Angelegenheiten
- Staatsangehörigkeit
- Freizügigkeit

? _____
 ? _____
 ? _____
 ? _____
 ? _____

Konkurrierende Gesetzgebung

- Bürgerliches Recht
- Personenstandswesen
- Vereinsrecht

? _____
 ? _____
 ? _____
 ? _____
 ? _____

Verteidigung und Schutz der Zivilbevölkerung, Passwesen, Melde- und Ausweiswesen, Ein- und Auswanderung, Auslieferung, Währungs-, Geld- und Münzwesen, Luftverkehr, Postwesen und Telekommunikation, Waffen- und Sprengstoffrecht, die Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken, Arbeitsrecht, Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen, Überführung von Grund und Boden, Hochsee- und Küstenschifffahrt, Straßenverkehr, Abfallwirtschaft, Statusrecht und -pflicht der Beamten, Jagdwesen, Naturschutz und Landschaftspflege (unvollständige Aufzählung)

Aufgaben für Grundgesetzforscher

A Der Bund hat ein Gesetzgebungsrecht, um gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Recht- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse herzustellen. Welcher Artikel enthält dieses Recht? Auf welche Bereiche („Gegenstände“) erstreckt sich das Recht? Nenne 5 von 10.

B Wer ist zuständig für das Schul- und Bildungswesen: Bund oder Länder?
 TIPP: Die Antworten findet Ihr durch clevere Kombination der Aussagen der Artikel 30 mit den Artikeln 70, 73 und 74.

C Seht in eurer Landesverfassung nach. Vergleicht die Grundrechte in beiden Verfassungen. Findet ihr in eurer Landesverfassung Aussagen zu Volksentscheid oder Volksbegehren? Wie könnt ihr euch die diesbezüglichen Unterschiede zwischen Grundgesetz und Landesverfassung erklären?

Quiz zum Föderalismus: Wer wird Millionär?

1. Was bedeutet Föderalismus?

- A Die Bundesländer erhalten stattliche Fördermittel für ihre Aufgaben.
- B Die Begabten aller Bundesländer sollen gefördert werden.
- C Einzelne Gliedstaaten bilden einen Bundesstaat.
- D Souveräne Staaten schließen sich zu einem Staatenbund zusammen.

2. Länderfinanzausgleich heißt:

- A Alle Länder erhalten einen gleichen Finanzbetrag vom Bund.
- B Die westlichen Bundesländer unterstützen die östlichen Bundesländer.
- C Die Finanzhaushalte der Bundesländer müssen ausgeglichen sein.
- D Durch ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen Bund und Ländern sollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland hergestellt werden.

3. Das wirtschaftsstärkste Bundesland ist

- A Bremen
- B Bayern
- C Nordrhein-Westfalen
- D Baden-Württemberg

4. Die Gestaltung des Bildungswesens in Deutschland ist hauptsächlich Aufgabe

- A des Bundes
- B der Bundesländer
- C der Europäischen Union
- D der Gemeinden

5. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein

- A Staatenbund
- B Bundesstaat
- C Zentralstaat
- D Einheitsstaat

6. Der Bundesrat ist

- A ein Rat der gewählten Volksvertreter
- B die Vertretung der Ratsmitglieder einer Stadt
- C die Vertretung der Bundesländer
- D das Organ, das den Bundespräsidenten wählt

7. Die Anzahl der Mitglieder im Bundesrat hängt ab

- A von der Größe des Bundeslandes
- B von der geografischen Lage
- C von der Wirtschaftskraft
- D von der Bevölkerungszahl

8. Subsidiarität bedeutet:

- A In der Politik herrscht das Prinzip der Unterwürfigkeit.
- B Der Staat greift nur dann ein, wenn die jeweils tiefere politische Ebene die erforderlichen Leistungen nicht erbringen kann.
- C Der Bund hat die Länder unabhängig von ihrer Wirtschaftskraft zu unterstützen.
- D Sparsame Länder werden besonders unterstützt.

9. Die Neugliederung des Bundesgebietes

- A wird durch das Grundgesetz ermöglicht
- B wird von der EU gefordert
- C zielt auf die Abschaffung der Stadtstaaten
- D kann durch den Bundestag und Bundesrat per Gesetz beschlossen werden

10. Mit der Föderalismusreform im Jahre 2006 sollte

- A die Mitwirkung der Bundesländer bei der Gesetzgebung abgeschafft werden
- B die Zahl der Bundesländer verringert werden
- C das Gesetzgebungsverfahren beschleunigt und transparenter werden
- D der Bund mehr Mitspracherechte bei der Bildung erhalten

1 x A + 3 x B + 3 x C + 3 x D = die richtige Lösung

Verfassungsreform

Die Bundesrepub_ik Deutschland ist ein Bundesstaat. 16 Bun_esländer sind zu einem übergeordneten Gesamtstaat, dem Bund, zusammengeschlo_sen. Die politische Macht ist aufgeteilt.

Seit Best_hen der Bundesrepublik haben sich die Machtverhältnisse zw_schen Bund und Ländern verändert. _ür immer mehr Bereiche gingen Zuständigkeiten an den Bund. Weil aber häufig die Interessen der Länder berührt wurden, musste der Bundes_at, die Vertretung der Länder, den meisten Ge_etzen zustimmen. Im Bundesrat herrschten aber oft andere Mehrheitsverhältnisse, die die Gesetzgebung erschwerten, manch_al auch blockierten. Deshalb w_rde beschlossen, das System der Zuständigkeiten und der M_chtverteilung zu reformieren. Es wurde die gr_ßte Verfassungsreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Form der Machtverteilung heißt: _____

Ihr findet den Begriff, wenn Ihr die fehlenden Buchstaben im Text in der richtigen Reihenfolge zusammenfügt.

Änderungen des Grundgesetzes bedürfen einer bestimmten Mehrheit.

Welcher Art von Mehrheit? _____

Wo steht das? _____

Info: Die Bundesländer verzichteten auf einen Teil ihrer Mitwirkungsrechte im Bundesrat. Dafür bekamen sie andere Rechte zurück (so zum Beispiel die alleinige Zuständigkeit für die Schulen). Zur Bildungspolitik gehört in Deutschland die Verwaltung der Schulen und Hochschulen, die im Wesentlichen auf **Länderebene** von den **Kultusministerien** wahrgenommen wird.

Bildungspolitik ist somit alleinige Sache der Bundesländer (**Kulturhoheit**). Dies hat dazu geführt, dass sich die Schulsysteme in Deutschland teilweise stark zwischen den Bundesländern unterscheiden. Das gilt zum Beispiel für Lehrpläne, Abschlussprüfungen am Gymnasium, die Anzahl von Schuljahren, das Fächerangebot, den Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule.

Schulpolitik ist Sache der Bundesländer. Was meint ihr dazu? Ist das gut oder schlecht? Sammelt Argumente für und wider diese Regelung und führt eine Pro- und Contra-Debatte durch.

Wie sieht der Karikaturist die Kulturhoheit der Länder?



Thomas Plafmann/Baaske Cartoon